



Ein Boot voller Flüchtlinge landet im November 2015 am Ufer der griechischen Insel Lesbos

Foto: Sergey Ponomarev/The New York Times/Reduz/laif

An der Grenze

Vor fünf Jahren entschied Angela Merkel, mehrere Hunderttausend Flüchtlinge ins Land zu lassen. Und heute? Eine Geschichte in 110 Nachrichten **VON CATERINA LOBENSTEIN**

Spätsommer 2015: In Syrien ist seit vier Jahren Krieg. Der »Islamische Staat« rückt vor, das Assad-Regime bombardiert aus der Luft, selbst Kinder werden an die Front geschickt. In den Flüchtlingslagern der Nachbarstaaten Jordanien und Libanon gehen die Nahrungsmittel aus.

Auch in Afghanistan fliehen die Menschen vor Terror und Krieg, ebenso im Irak und in Nigeria. Und vielerorts treibt die Armut die Menschen aus ihrer Heimat. In dieser Situation entscheidet Angela Merkel, mehrere Hunderttausend Flüchtlinge und Migranten ins Land zu lassen. Fortan gilt sie weltweit als Fürsprecherin der Menschlichkeit, als »Flüchtlingskanzlerin«.

Tatsächlich werden die Grenzen der Menschlichkeit bald enger gezogen. In Deutschland und Europa beginnt damals ein Drama um Öffnung und Abschottung, das bis heute andauert. Es treten auf: Flüchtlinge und Schlepper, Grenzpolizisten und Seenotretter, Nationalisten und Humanisten, Demokraten und Autokraten. Die folgenden Seiten erzählen diese Geschichte anhand von Nachrichten aus den vergangenen fünf Jahren. Die meisten Ereignisse haben sich zugetragen, als das Land längst wieder über andere Themen sprach.

26. August 2015

In Ungarn, an der EU-Außengrenze, kommen seit Wochen Tausende Flüchtlinge und Migranten an. Allein an diesem Mittwoch sind es mehr als 3000. Sie übernachten auf der Straße, in Parks und Unterführungen. Eigentlich müssten sie sich hier registrieren lassen und einen Asylantrag stellen. Deutschland jedoch hatte kurz zuvor verkündet, dass syrische Flüchtlinge künftig auch in der Bundesrepublik um Asyl bitten können. Die Nachricht verbreitet sich rasend. Die meisten Flüchtlinge wollen nicht in Ungarn bleiben, sondern weiter nach Deutschland.

Zunächst wird die Polizei sie durchwinken und in die Züge Richtung Nordwesten lassen. Wenig später jedoch verriegeln die Polizisten die Bahnsteige.

Am selben Tag besucht Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Flüchtlingsheim im sächsischen Heidenau. Sie wird von wütenden Bürgern empfangen: »Volksverräterin! Hure! Fotze!«, schreien sie. Merkel erwidert: »Es gibt keine Toleranz gegenüber denen, die die Würde anderer Menschen infrage stellen. Es gibt keine Toleranz gegenüber denen, die nicht bereit sind zu helfen.«

27. August 2015

In einer Pannenbucht an der österreichischen Autobahn A4 nahe Parndorf wird ein Kühlaster mit 71 Leichen gefunden: Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und dem Iran.

29. August 2015

Die *Bild*-Zeitung startet in ihrer Samstagsausgabe eine Solidaritätsaktion für Flüchtlinge: »Refugees welcome – wir helfen!«

31. August 2015

Angela Merkel hält ihre Sommerpressekonferenz. Sie sagt zum ersten Mal den Satz, der später berühmt und berüchtigt werden wird: »Wir schaffen das.«

1. September 2015

Am Budapester Bahnhof Keleti stauen sich Hunderte Menschen, der Bahnhofsvorplatz verwandelt sich in ein provisorisches Flüchtlingslager. Einige Flüchtlinge rufen nach Angela Merkel. »Deutschland! Deutschland!«, skandieren sie, »Germany, help us!«

2. September 2015

An der türkischen Küste wird der Leichnam des zweijährigen syrischen Flüchtlingsjungen Alan Kurdi angespült. Das Bild des toten Kindes, das bäuchlings in der Brandung liegt, verbreitet sich weltweit.

4. September 2015

Am Budapester Bahnhof Keleti machen sich Hunderte Flüchtlinge zu Fuß auf den Weg. Sie wollen nach Österreich laufen. Angela Merkel bekommt einen Anruf vom österreichischen Kanzler Werner Faymann. Die Lage sei unkontrollierbar geworden. Merkel entscheidet, die Flüchtlinge aufzunehmen – offenbar, um gewaltsame Szenen und hässliche Bilder an der deutschen Grenze zu vermeiden. Die Flüchtlinge sollen angesichts der Notlage in Ungarn ausnahmsweise die Grenze passieren dürfen, ohne Kontrolle und Registrierung. Es wird jedoch keine Ausnahme bleiben.

5. September 2015

Am Münchner Hauptbahnhof kommen an einem einzigen Wochenende rund 20.000 Menschen an. Freiwillige Helfer empfangen sie mit Applaus. In ganz Deutschland bilden sich Gruppen ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer. Die Kanzlerin genießt hohe Beliebtheit. Im September liegen ihre Zustimmungswerte im Deutschlandtrend bei 63 Prozent.

6. September 2015

Die Bilder der Flüchtlinge, die in Deutschland jubelnd empfangen werden, gehen um die Welt. Die *New York Times* und Al-Dschasira berichten von der deutschen »Willkommenskultur«. Zugleich werden in der Woche nach Merksels Entscheidung, die Grenze offen zu halten, acht Angriffe auf Flüchtlingsheime verübt. Bis zum Ende des Jahres wird es mehr als 90 Brandanschläge auf Asylunterkünfte geben.

10. September 2015

In einem Flüchtlingsheim in Berlin-Spandau lässt sich Merkel mit Asylbewerbern fotografieren. Die Fotos werden von ihren Kritikern als »Einladung« für Tausende weitere Flüchtlinge bezeichnet. Am selben Tag melden sich die Innenminister der Länder zu

Wort. Sie warnen vor einem Kollaps der Erstaufnahmeeinrichtungen.

11. September 2015

Merkel gibt der *Rheinischen Post* ein Interview: »Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze«, sagt sie. In der *Passauer Neuen Presse* erscheint am selben Tag ein Gespräch mit dem Ex-Innenminister Hans-Peter Friedrich. Der CSU-Mann sagt: »Wir haben die Kontrolle verloren.« Er warnt davor, dass sich unter die Flüchtlinge auch IS-Terroristen schmuggeln könnten.

13. September 2015

Deutschland führt Grenzkontrollen ein. Bundesinnenminister Thomas de Maizière will so »zu einem geordneten Verfahren bei der Einreise« kommen. Flüchtlinge und Migranten sollen jetzt kontrolliert werden. Abgewiesen werden sie nicht.

14. September 2015

Ungarn beendet den Bau eines 175 Kilometer langen Grenzzauns zu Serbien und versperrt damit die Route der Flüchtlinge und Migranten, die nun nach Kroatien ausweichen. Mehrere EU-Politiker hatten Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán dafür kritisiert: »Es ist eine Illusion, zu glauben, mit derartigen Maßnahmen Flüchtlinge abzuhalten«, sagte Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Frankreichs Außenminister Laurent Fabius rügte, Ungarn respektiere die europäischen Werte nicht.

15. September 2015

Österreich führt Kontrollen an seinen Grenzen zu Ungarn, Italien, Slowenien und der Slowakei ein.

18. September 2015

Ungarn beginnt mit dem Bau eines weiteren Zauns – diesmal an der Grenze zu Kroatien.

22. September 2015

Die EU-Innenminister beschließen eine Quote zur Verteilung der Flüchtlinge. Nicht einstimmig, sondern per Mehrheitsbeschluss und auf massiven Druck Deutschlands. Viele Staaten fühlen sich übergangen. Die Slowakei und Ungarn werden später vor den Europäischen Gerichtshof ziehen. Die Quotenregelung wird nicht funktionieren.

23. September 2015

Die EU-Staats- und Regierungschefs vereinbaren, sogenannte Hotspots einzurichten: Ankunfts- und Registrierzentren an den Außengrenzen der EU. Die Hotspots sollen Ordnung und Sicherheit schaffen. Stattdessen aber verursachen sie jede Menge Probleme. Eines davon heißt Moria, ein Hotspot-Lager auf der griechischen Insel Lesbos, das eigentlich nur für knapp 3000 Menschen gedacht ist – aber wenige Jahre später auf mehr als 20.000 anschwellen wird.

26. September 2015

Der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke, der Demonstrationen gegen Merksels Flüchtlingspolitik organisiert, spricht vor der Jugendorganisation seiner Partei. »Immer mehr Deutsche hören jetzt auch das Grollen eines heraufziehenden Gewitters«, sagt er. Durch die niedrige Geburtenrate in Deutschland und die hohe Zahl von Flüchtlingen stelle sich »zum ersten Mal nach tausend Jahren Geschichte die Frage nach Finis Germania«. Höcke gilt in dieser Zeit als völkischer Außenseiter.

28. September 2015

Die Taliban erobern Kundus. Neben Syrien ist Afghanistan nach Deutschland kommen. Zwei Tage später zieht Russland in den Syrienkrieg. Russische Kampfflzeuge werfen Bomben über Homs und anderen syrischen Städten ab.



Flüchtlinge protestieren am Budapester Bahnhof Keleti



Der syrische Junge Alan Kurdi liegt tot in der Brandung



Flüchtlingstreck auf der österreichischen Autobahn



Ungarische Soldaten bewachen die Grenze zu Serbien



Zeltlager im griechischen Idomeni an der Grenze zu Mazedonien

7. Oktober 2015
Bundeskanzlerin Merkel ist zu Gast bei *Anne Will*. »Sie können die Grenzen nicht schließen«, sagt sie. »Wenn man einen Zaun baut, werden sich die Menschen andere Wege suchen.« In Griechenland kommen mittlerweile 6000 Menschen täglich an.

16. Oktober 2015
An der türkisch-bulgarischen Grenze wird ein Flüchtling aus Afghanistan von einem bulgarischen Grenzbeamten erschossen.

25. Oktober 2015
Vertreter des Verfassungsschutzes und anderer Sicherheitsbehörden warnen in der *Welt am Sonntag*, Deutschland importiere »islamistischen Extremismus, arabischen Antisemitismus, nationale und ethnische Konflikte anderer Völker sowie ein anderes Rechts- und Gesellschaftsverständnis«. Die bürgerliche Mitte, die »diese Zuwanderung mehrheitlich nicht will«, radikalisiere sich. Die Grenzen müssten sofort geschlossen werden. »Die deutschen Sicherheitsbehörden sind und werden nicht in der Lage sein, diese importierten Sicherheitsprobleme und die hierdurch entstehenden Reaktionen aufseiten der deutschen Bevölkerung zu lösen.«

Am selben Tag treffen sich in Brüssel Vertreter der EU- und Balkanstaaten zu einem Sondergipfel. Sie diskutieren »Sofortmaßnahmen« zur Reduktion der Flüchtlingszahlen auf der Balkanroute.

In Polen wird an diesem Tag gewählt. Die nationalkonservative und europaskeptische PiS erlangt die absolute Mehrheit.

26. Oktober 2015
In Passau kommen an einem einzigen Tag 8000 Menschen an. Der Passauer Landrat spricht von einer »Völkerwanderung«. In einem Brandbrief an Angela Merkel schreibt er, er könne für Leib und Leben der Flüchtlinge keine Garantie mehr geben. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer fordert Grenzschließungen und droht mit »bayerischer Notwehr«.

28. Oktober 2015
Nahe der griechischen Insel Lesbos kentert ein Flüchtlingsboot. 42 Menschen ertrinken, darunter 20 Kinder. Im ganzen Oktober sterben in der Ägäis 220 Menschen; im zentralen Mittelmeer auf der Route von Libyen nach Italien sind es 163. Insgesamt verlieren 2015 laut offiziellen Angaben mehr als 3700 Bootsflüchtlinge auf der Flucht über das Meer ihr Leben. Die tatsächliche Zahl dürfte höher liegen.

29. Oktober 2015
Anhaltende Luftangriffe auf Idlib und Aleppo im Norden Syriens. Zehntausende Menschen fliehen.

31. Oktober 2015
CSU-Chef Seehofer reist nach Berlin ins Kanzleramt. Er fordert von Merkel eine Obergrenze für Asylbewerber. Nach geltendem EU-Recht ist eine solche Begrenzung unzulässig.

5. November 2015
Die Bundesregierung erwägt, Flüchtlinge, die in Griechenland ankommen, in die Türkei zurückzuschicken. Ein Plan, der schon länger kursiert – und bald Gestalt annehmen wird.

11. November 2015
Slowenien baut einen Stacheldrahtzaun an der Grenze zu Kroatien. Am selben Tag beginnt in Malta der Afrika-Gipfel der EU. Die europäischen Staats- und Regierungschefs einigen sich mit ihren afrikanischen Kollegen auf einen »Aktionsplan«. Sie wollen Fluchtursachen bekämpfen. Die Europäer stellen den Afrikanern dafür 1,8 Milliarden Euro in Aussicht.

13. November 2015
IS-Terroristen stürmen das Bataclan-Theater in Paris und verüben weitere Anschläge in der Stadt. 130 Tote, 683 Verletzte. Einer der Attentäter war im Treck der Flüchtlinge über die Balkanroute eingereist. Frankreich führt strenge Grenzkontrollen ein. Am selben Tag kündigt Österreich an, einen Zaun an der Grenze zu Slowenien zu bauen.

19. November 2015
Mazedonien und andere Balkanstaaten schließen ihre Grenze für einen Teil der Flüchtlinge. Nur noch Syrer, Afghanen und Iraker dürfen durch. Einige Iraner lassen sich aus Protest den Mund zunähen und starten einen Hungerstreik. An den Grenzübergängen stauen sich Hunderte, trotz winterlicher Temperaturen campieren sie im Freien. Hilfsorganisationen schicken Ärzte. Sie behandeln nicht nur Unterkühlungen, sondern auch Wunden, die sich nur durch körperliche Gewalt erklären lassen. Viele Flüchtlinge und Migranten erzählen, sie seien von der mazedonischen Polizei geschlagen und getreten worden.

20. November 2015
Merkel ist zu Besuch beim CSU-Parteitag in München. Die Christsozialen haben die Forderung nach

einer Obergrenze zu ihrem wichtigsten Thema gemacht. Der Zentralrat der Juden in Deutschland schließt sich der Forderung später an – aus Sorge vor antisemitischen Übergriffen durch arabische Flüchtlinge. Merkel sagt: »Abschottung und Nichtstun sind keine Lösung im 21. Jahrhundert.« Einige Wochen später wird sie von mehreren CSU-Abgeordneten zum Rücktritt aufgefordert.

28. November 2015
Mazedonien baut einen Grenzzaun zu Griechenland.

29. November 2015
In Brüssel treffen die EU-Staats- und Regierungschefs den türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu. Sie versprechen der Türkei Milliarden Euro – wenn diese sich verpflichtet, Flüchtlinge und Migranten von der Überfahrt nach Europa abzuhalten. In den folgenden Monaten werden deutsche und türkische Regierungsvertreter die Details verhandeln.

30. Dezember 2015
In Griechenland sind im Jahr 2015 offiziell mehr als 850.000 Menschen angekommen. Gut 80 Prozent stammen aus Kriegs- und Krisenstaaten wie Syrien, Afghanistan oder dem Irak.

31. Dezember 2015
In ihrer Neujahrsansprache wiederholt Angela Merkel ihre Worte vom Spätsommer: »Wir schaffen das.«

1. Januar 2016
Die Kölner Silvesternacht wird zum Wendepunkt in der Debatte um die Flüchtlingspolitik. Die Bilanz der Nacht: Eine unbekannte Zahl von Männern, vor allem aus Nordafrika und dem Nahen Osten, viele von ihnen Asylbewerber, haben Hunderte Frauen belästigt und bestohlen, in einigen Fällen auch vergewaltigt. Nur drei Sexualstraftäter werden überführt. Der Präsident des Bundeskriminalamts, Holger Münch, sieht einen »Zusammenhang zwischen dem Auftreten des Phänomens und der starken Zuwanderung gerade in 2015«. Später wird sogar Donald Trump im Wahlkampf auf die Ereignisse von Köln verweisen.

14. Januar 2016
Vor dem Berliner Kanzleramt hält ein Bus mit 31 syrischen Flüchtlingen. Der Landrat der bayerischen Stadt Landshut hat ihn nach Berlin geschickt, aus Protest gegen die Kanzlerin. »Wir schaffen es nicht«, sagt er.

18. Januar 2016
Österreichs Außenminister Sebastian Kurz fordert ebenfalls eine Obergrenze für Flüchtlinge. Laut Kurz ist die Behauptung, man könne Grenzen nicht schließen, »schlicht und ergreifend falsch«.

29. Januar 2016
In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa wünschen sich 40 Prozent der Deutschen den Rücktritt von Bundeskanzlerin Merkel.

30. Januar 2016
Die AfD-Chefin Frauke Petry sagt in einem Interview mit dem *Mannheimer Morgen*, Grenzpolizisten müssten »notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen«.

7. Februar 2016
Kämpfe in Aleppo und zahlreichen weiteren syrischen Städten. Rund 90.000 Vertriebene stecken im Norden des Landes vor der syrisch-türkischen Grenze fest.

21. Februar 2016
Mazedonien schließt seine Grenze jetzt auch für Menschen aus Afghanistan. Nahe des griechischen Grenzorts Idomeni stauen sich Tausende Menschen.

25. Februar 2016
Auf Drängen Merkels bricht ein Verband von Nato-Kriegsschiffen Richtung Ägäis auf – eine Drohkulisse gegen Schleuser und Flüchtlinge.

28. Februar 2016
Im Hafen der italienischen Insel Lampedusa läuft die *Aquarius* zu ihrer ersten Mission aus, eines von rund einem Dutzend zivilen Rettungsschiffen, die in den folgenden Jahren Zehntausende Menschen retten werden. Kritiker werfen den Rettern vor, das Geschäft der Schleuser zu unterstützen. Die italienische Küstenwache, die für die Koordination der Einsätze zuständig ist, arbeitet mit den Rettern zusammen. Aber nicht mehr lange.

Am selben Tag ist Angela Merkel erneut zu Gast bei *Anne Will*. »Wenn der eine seine Grenze definiert, muss der andere leiden«, sagt sie. »Das ist nicht mein Europa!« Mittlerweile ist Ungarn mit Zäunen abgeriegelt, in Bulgarien versperrt ein Stacheldrahtzaun mit Wärmebildkameras Flüchtlingen den Weg, innerhalb der EU gibt es vielerorts Grenzkontrollen. Der Schengenraum, der Frei-

zügigkeit innerhalb Europas garantieren soll, existiert faktisch nicht mehr. Um ihn vor dem endgültigen Kollaps zu bewahren, werden die EU-Staats- und Regierungschefs die Außengrenze fortan umso schärfer bewachen.

29. Februar 2016
In Idomeni versuchen Hunderte Flüchtlinge, die griechisch-mazedonische Grenze zu stürmen. Die Polizei setzt Tränengas ein.

7. März 2016
Sondergipfel in Brüssel mit Vertretern der EU und der türkischen Regierung. Der Flüchtlingsdeal steht. Die Europäer versprechen sechs Milliarden Euro, Visa-Erleichterungen, Beitrittsgespräche. Die Türkei verpflichtet sich, Flüchtlinge fortan von der Überfahrt nach Griechenland abzuhalten.

9. März 2016
Slowenien verriegelt seine Grenze zu Griechenland, gefolgt von Kroatien, Serbien und Mazedonien. Die Balkanroute ist damit faktisch geschlossen.

13. März 2016
Landtagswahl in Baden-Württemberg. Die AfD erhält aus dem Stand 15 Prozent der Stimmen. Die CDU verliert 12 Prozent.

18. März 2016
Der Europäische Rat stimmt einstimmig für den EU-Türkei-Deal. Dank des Abkommens – und der Schließung der Balkanroute – sinken die Flüchtlingszahlen in der Ägäis bald deutlich. Genau wie das öffentliche Interesse an den Menschen, die sich nach wie vor auf der Flucht befinden.

19. März 2016
Im Norden Syriens sind mehr als 100.000 Menschen auf der Flucht Richtung Türkei, werden aber nicht ins Land hineingelassen. Nach dem Deal mit der EU hat die Türkei, in der bereits rund drei Millionen syrische Flüchtlinge leben, ihre Grenze weitgehend verriegelt. Betonmauern versperrten den Weg, drei Meter hoch, Hunderte Kilometer lang. Soldaten patrouillieren mit Gewehren, moderne Sensoren registrieren selbst kleinste Bewegungen. Den Grenzwall, den Merkel nie wollte, hat Erdogan für sie errichtet.

21. März 2016
In Idomeni, wo sich mittlerweile mehr als 10.000 Menschen stauen, versucht ein Mann sich anzuzünden.

22. März 2016
In Brüssel sprengen sich drei IS-Terroristen in die Luft. Sie töten 32 Menschen, mehr als 300 werden verletzt.

4. April 2016
Auf den griechischen Inseln, die kein Flüchtling mehr Richtung europäisches Festland verlassen darf, werden einige Syrer in die Türkei abgeschoben. Eigentlich sieht der EU-Türkei-Deal vor, dass alle zurückgeschickt werden. Dieser Plan aber geht nicht auf. Unter anderem, weil Griechenlands Behörden überlastet und viele Gerichte der Auffassung sind, die Türkei sei für Flüchtlinge kein sicherer Ort. In den Lagern auf Lesbos, Samos und den anderen Ägäis-Inseln stauen sich fortan Tausende Menschen.

12. April 2016
In Italien kommen an einem einzigen Tag mehr als 2200 Flüchtlinge an. Während die Fluchtroute über die Ägäis und den Balkan nun weitgehend versperrt ist, kommen über das zentrale Mittelmeer zwischen Libyen und Italien jeden Monat weiterhin Zehntausende Menschen. Insgesamt erreichen 2016 mehr als 180.000 Bootsflüchtlinge das Land, sie kommen vor allem aus Eritrea, dem Sudan und Westafrika.

4. Mai 2016
Medien berichten, die Türkei baue Selbstschussanlagen an der Grenze zu Syrien.

18. Mai 2016
Die EU-Außenminister beraten, wie sich die Zahl der Überfahrten und der Toten im Mittelmeer senken ließe. Da die meisten Migranten und Flüchtlinge von Libyen nach Europa ablegen, beschließen die Minister, die libysche Küstenwache zu »ertüchtigen«, sie also mit Geld, Material und Trainings zu unterstützen. Das Problem: Der zerfallene Staat Libyen hat seit Jahren keine funktionierende Küstenwache mehr. Deshalb übernehmen bislang meist die Europäer die Rettung der Flüchtlinge vor der libyschen Küste. Das wird sich jedoch bald ändern.

21. Juni 2016
Die jordanisch-syrische Grenze wird teilweise verriegelt, ein nahegelegener Wüstenstreifen zur militärischen Sperrzone erklärt. Das Lager Berm, ein riesiges provisorisches Flüchtlingscamp, das innerhalb dieser Zone liegt, ist nun von der Außenwelt abgeschnitten. Dort sitzen 60.000 Syrer fest, und

die Hälfte sind Kinder, die Lebensmittel werden knapp. Hilfsorganisationen bekommen keinen Zugang, kaum jemand weiß, wie es den Menschen dort geht.

23. Juni 2016
In Großbritannien stimmen 52 Prozent der Wähler für einen Austritt aus der EU. Laut Umfragen halten 75 Prozent der Brexit-Befürworter eine restriktivere Migrationspolitik für das drängendste politische Thema.

20. Juli 2016
In Nigeria fliehen immer mehr Menschen vor der islamistischen Miliz Boko Haram. In mehreren Flüchtlingslagern im Norden des Landes wird der Nahrungsmittelnotstand ausgerufen. 500.000 Menschen gehen Wasser und Lebensmittel aus, sie sind von medizinischer Hilfe abgeschnitten. Aus Nigeria stammen 21 Prozent der Flüchtlinge, die 2016 über das zentrale Mittelmeer in die EU gelangen.

24. Juli 2016
Im bayerischen Ansbach zündet ein syrischer Flüchtling eine Splitterbombe. 15 Menschen werden bei dem Anschlag verletzt.

2. Oktober 2016
In Kabul unterzeichnet Innenminister Thomas de Maizière ein Rückführungsabkommen mit Afghanistan. Wegen der Sicherheitslage dort wurden Afghanen bislang kaum abgeschoben. Nun aber gebe es ausreichend »sichere Regionen«, sagt de Maizière. Laut den Vereinten Nationen jedoch hat sich die Lage in Afghanistan zuletzt verschlechtert, die UN vermelden die höchste Zahl ziviler Opfer seit 2009.

10. Oktober 2016
Angela Merkel fliegt nach Niger, ein wichtiges Transitland für afrikanische Migranten und Flüchtlinge. Sie verspricht dem Land mehr als 70 Millionen Euro – wenn es dafür die Migrationsrouten sperrt.

16. Oktober 2016
In Freiburg wird eine Studentin vergewaltigt und ermordet – von einem Flüchtling aus Afghanistan, der 2013 als vermeintlich Minderjähriger in Griechenland registriert worden war. Später stellt sich heraus, dass er bereits in Griechenland eine Frau überfallen und schwer verletzt hatte. Der griechischen Polizei soll er gesagt haben: »Es war doch nur eine Frau.«

17. November 2016
Im ausgebombten Ost-Aleppo schließt nach einem erneuten Luftangriff das letzte verbliebene Kinderkrankenhaus.

14. Dezember 2016
Die ersten 34 Afghanen werden vom Flughafen Frankfurt nach Kabul abgeschoben.

20. Dezember 2016
Auf dem Berliner Breitscheidplatz steuert der IS-Attentäter Anis Amri einen Lkw in einen Weihnachtsmarkt und tötet zwölf Menschen. Amri war 2015 als Asylbewerber eingereist und unter wechselnden Identitäten in Europa unterwegs gewesen.

7. Januar 2017
In einem verschneiten Wald im bulgarisch-türkischen Grenzgebiet werden zwei erdrene Iraker gefunden, 28 und 35 Jahre alt.

15. Januar 2017
Vor der libyschen Küste kentert ein Flüchtlingsboot. Fast 180 Menschen gelten danach als vermisst, vier Menschen überleben. Flüchtlinge, die es aus Libyen nach Europa schaffen, berichten seit Jahren von schweren Misshandlungen: Sie würden in den libyschen Lagern gefoltert und währenddessen gezwungen, ihre Verwandten anzurufen, damit diese ein Lösegeld zahlen, meist über eine Mobilfunk-App.

29. Januar 2017
Ein vertraulicher Bericht der deutschen Botschaft in Niger, einem Nachbarland von Libyen, gelangt an die Öffentlichkeit. Darin ist die Rede von »allerschwersten, systematischen Menschenrechtsverletzungen« in den libyschen Lagern: »Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind dort an der Tagesordnung (...) Augenzeugen sprachen von exakt fünf Erschießungen wöchentlich in einem Gefängnis – mit Ankündigung und jeweils freitags, um Raum für Neuankommlinge zu schaffen, d. h. den menschlichen »Durchsatz« und damit den Profit der Betreiber zu erhöhen.« Die Diplomaten sprechen von »KZ-ähnlichen Verhältnissen«. Ihr Bericht ging ans Bundeskanzleramt und mehrere Ministerien.

3. Februar 2017
Die Staats- und Regierungschefs der EU treffen sich auf Malta und beraten die »Eindämmung der

Flüchtlingsströme« auf dem zentralen Mittelmeer. Sie wollen mit Libyen einen ähnlichen Deal wie mit der Türkei: Geld gegen Flüchtlingsabwehr. Da Libyen ein Bürgerkriegsland ist, in dem Flüchtlinge gefoltert werden, ist es völkerrechtswidrig, sie dorthin zurückzubringen. Deshalb sollen das nicht die Europäer, sondern libysche Küstenwächter übernehmen. Am Ende des Gipfeltreffens unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs der EU die »Erklärung von Malta«. Später werden einige von ihnen dafür vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verklagt – wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

19. Februar 2017
Die irakische Regierung kündigt an, die Stadt Mossul vom IS zurückzuerobern. Zehntausende Menschen fliehen.

9. März 2017
Die Organisation Ärzte ohne Grenzen listet auf, was ihre Mitarbeiter in den letzten 13 Monaten Flüchtlinge an der ungarisch-serbischen Grenze behandelt haben: Schläge (54 Fälle), Hundebisse (24 Fälle), Reizungen durch Tränengas und Pfefferspray (15 Fälle) und sonstige Verletzungen (35 Fälle). Einer der Ärzte sagt: »Die Menschen erzählen uns, dass sie sich auf den Boden legen müssen und Polizisten mit Stiefeln auf sie treten, dass oft ihre Kleider und Schuhe konfisziert werden, so dass sie barfuß durch Schnee und Kälte nach Serbien zurücklaufen müssen. Die Quetschungen und andere Symptome, die unsere Teams sehen, entsprechen den Misshandlungen, die die Menschen beschreiben.«

2. April 2017
Der italienische Innenminister Marco Minniti trifft rund 60 Stammesführer aus Libyen und verhandelt mit ihnen 72 Stunden lang über die Abriegelung der libyschen Südgrenze, wo eine der Hauptmigrationsrouten verläuft. »Die Grenze im Süden Libyens zu sichern bedeutet auch, die Grenze Südeuropas zu sichern«, sagt Minniti.

11. April 2017
In Libyen berichtet die Internationale Organisation für Migration von Sklavenmärkten, auf denen Flüchtlinge und Migranten als Arbeitskräfte feilgeboten würden. Frauen würden als Sexsklavinnen missbraucht.

11. Mai 2017
Während eines geheimen Treffens auf Sizilien besprechen Mitarbeiter des italienischen Geheimdienstes mit Angehörigen der libyschen Küstenwache, wie sich Flüchtlinge stoppen lassen. Später enthüllt die italienische Zeitung *Avvenire*, dass es sich bei einem der Libyer, der bei dem Treffen als Kommandant der Küstenwache vorgestellt worden war, um Abd al-Rahman Milad handelt, einen berühmten Menschenhändler, der vom UN-Sicherheitsrat für einen Menschenenschmuggler gehalten und für den Tod mehrerer Flüchtlinge verantwortlich gemacht wird. Ein einflussreicher Beamter des deutschen Innenministeriums kommentiert die bilaterale Abkommen zwischen Italien und Libyen im vertraulichen Gespräch später so: Er sei »froh, gar nicht so genau zu wissen, was die Italiener da verhandelt haben«.

15. Mai 2017
Auf dem griechischen Festland, wo Tausende Migranten und Flüchtlinge auf der Straße leben, häufen sich Berichte über minderjährige Flüchtlinge, die sich prostituieren, offenbar um Geld für Schleuser zu verdienen. Der *Spiegel* etwa zitiert einen Psychologen des griechischen Sozialministeriums, der sagt, seit Anfang 2016 seien mehr als 6500 Berichte über Missbrauch, sexuelle Ausbeutung und andere Arten von Übergriffen auf minderjährige Flüchtlinge bei ihm eingegangen.

24. September 2017
Bei der Bundestagswahl erreicht die AfD fast 13 Prozent. Bisher war sie nicht im Parlament vertreten – jetzt ist sie stärkste Oppositionspartei. Die Regierungsparteien fahren das schlechteste Ergebnis seit 1949 ein.

27. September 2017
Im Mittelmeer trifft ein italienisches Marineschiff auf ein überfülltes Flüchtlingsboot. Eigentlich hatten europäische Marineschiffe jahrelang Flüchtlinge gerettet. Nun aber versperrt das Schiff den Menschen den Weg und wartet, bis die libysche Küstenwache kommt, um die Menschen aus dem seuntüchtigen Schlauchboot zu holen und zurück nach Libyen zu bringen. An der Reling des italienischen Schiffs hängt ein Banner: »Keep away!«

6. November 2017
Im Mittelmeer filmen Aktivisten der Organisation Seawatch ein Rettungsschiff der libyschen Küstenwache. Auf dem Video sieht man, wie Gerettete an Bord des libyschen Schiffs mit Seilen verprügelt



Der Terroranschlag vom Berliner Breitscheidplatz



Türkische Soldaten patrouillieren an der Grenze zu Syrien



Ein Lager für Migranten und Flüchtlinge in Libyen



Pegida-Demonstranten protestieren in Berlin



Zivilisten fliehen aus dem syrischen Idlib

werden. Und wie die Libyer mit hoher Geschwindigkeit losfahren, obwohl noch ein Mensch an der Außenleiter hängt. Ein Helikopter des italienischen Militärs beobachtet sie dabei. Als die Italiener den Mann an der Leiter entdecken, rufen sie über Funk: »Libysche Küstenwache, stoppen Sie den Motor! Hier spricht der italienische Marinehelikopter! Sie haben eine Person an der Leiter. Wir fordern Sie auf, zu stoppen! Jetzt! Jetzt! Jetzt!« Die Libyer fahren unbeirrt weiter.

14. November 2017

Der amerikanische Nachrichtensender CNN veröffentlicht erstmals Filmmaterial, das die Existenz der Sklavenmärkte in Libyen belegen soll. Das Video zeigt eine nächtliche Auktion in einem Hinterhof. Dort wird unter anderem ein Mann aus Nigeria als »großer, starker Junge für die Feldarbeit« angepriesen. Anschließend wird er versteigert, für umgerechnet 800 Dollar.

21. November 2017

In Serbien wird das sechsjährige afghanische Mädchen Madina Hussini von einem Zug erfasst und getötet. Das Mädchen und seine Familie hatten versucht, über die grüne Grenze nach Kroatien zu kommen, um dort um Asyl zu bitten. Laut der Menschenrechtsorganisation Amnesty International wurden sie jedoch von kroatischen Polizisten unrechtmäßig zurück nach Serbien geschickt. Die Polizisten hätten sie angewiesen, den Bahngleisen zu folgen. Die Polizei bestreitet das.

31. Dezember 2017

Angela Merkel hält ihre Neujahrsansprache. Die Flüchtlinge kommen darin nicht mehr vor.

24. April 2018

Geberkonferenz für Syrien in Brüssel. Von der Summe, die Hilfsorganisationen benötigen, um Kriegsgeschädigte und Binnenflüchtlinge zu versorgen, ist erst ein knappes Viertel zugesagt. Bundesaußenminister Heiko Maas verspricht eine Milliarde Euro, zusätzlich zu laufenden Verpflichtungen. Laut den Vereinten Nationen sind in Syrien mehr als 13 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen.

25. Juni 2018

Auf dem Dresdner Neumarkt spricht Pegida-Mitgründer Siegfried Däbritz vor seinen Anhängern über das deutsche Rettungsschiff *Lifeline*, das zur selben Zeit mit 234 Flüchtlingen an Bord zielloos auf dem Mittelmeer treibt, weil kein europäischer Staat es einlaufen lassen will. Die Pegida-Demonstranten skandieren: »Absaufen! Absaufen!«

28. Juni 2018

Die libysche Küstenwache bekommt eine eigene Seenotrettungszone zugeteilt. Von nun an koordiniert nicht mehr Italien, sondern Libyen die Rettungseinsätze im Mittelmeer. Der Rückführung der schiffbrüchigen Flüchtlinge nach Libyen steht nichts mehr im Weg – das Ziel der europäischen Abkommen mit Libyen ist erfüllt. Nur die zivilen Retter beharren darauf, die Menschen nach Europa zu bringen. Sie werden von der italienischen Regierung nun immer öfter behindert: Strafverfahren werden verhängt,

Schiffe beschlagnahmt, Kapitäne verklagt. Und: Die Italiener und andere EU-Mittelmeeranrainer verbieten den zivilen Rettern, ihre Häfen anzusteuern.

10. Juli 2018

In München startet ein Abschiebeflug nach Kabul, an Bord 69 abgelehnte afghanische Asylbewerber. Horst Seehofer hat an diesem Tag Geburtstag. Er sagt: »Ausgerechnet an meinem 69. Geburtstag sind 69 – das war von mir so nicht bestellt – Personen nach Afghanistan zurückgeführt worden.« Einer der Abgeschobenen wird sich nach seiner Ankunft in Kabul erhängen.

28. Juli 2018

In Spanien kommen innerhalb von zwei Tagen 1200 Migranten und Flüchtlinge an. Seit die Libyer vor ihrer Küste Flüchtlinge abfangen, hat sich die Fluchtroute nach Westen verlagert. Insgesamt landen an Spaniens Küsten 2018 mehr als 58.000 Bootsflüchtlinge – sieben Mal mehr als zwei Jahre zuvor. Die Zahl der Ertrunkenen steigt dort im selben Zeitraum von 77 auf 811.

26. August 2018

In Chemnitz wird ein Mann erstochen. Als Täter werden zwei Flüchtlinge ausgemacht. Die Tat hält die deutsche Öffentlichkeit wochenlang in Aufruhr. Am selben Tag brechen in Tripolis heftige Kämpfe aus, der libysche Bürgerkrieg flammt neu auf. Auch Flüchtlingslager werden bombardiert. Laut Hilfsorganisationen leben dort vor allem Menschen, die von der libyschen Küstenwache auf dem Mittelmeer abgefangen wurden.

12. September 2018

Die EU-Kommission schlägt vor, die Grenzschutzagentur Frontex massiv aufzustocken: von gut 2000 auf rund 10.000 Stellen im Jahr 2020.

17. September 2018

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration veröffentlicht die erste repräsentative Studie zum Integrationsklima seit 2015. Das Ergebnis sei angesichts der medial aufgeheizten Debatten »überraschend«, schreiben die Verfasser: Eine Mehrheit der Deutschen will den Zuzug von Asylbewerbern begrenzen, findet aber, die Bundesrepublik solle weiterhin welche aufnehmen. Allerdings gebe es regionale Unterschiede: Dort, wo weniger Migranten lebten, seien die Vorbehalte größer. Zwischen Ost und West sei die gesellschaftliche Spaltung beim Thema Integration seit 2015 deutlich gewachsen.

19. September 2018

In Moria, wo jetzt 9000 Menschen leben, wird die Lage prekärer. Die Psychologin Katrin Glatz-Brubakk, die Flüchtlingskinder in Moria behandelt, sagt: »Immer mehr Kinder hören auf zu spielen, viele haben Angst, aus ihrem Zelt herauszugehen. Manche reißen sich die Haare heraus oder schlagen den Kopf auf den Boden, manche schreien viel, andere hören auf zu sprechen.« In den ersten beiden Septemberwochen kamen allein auf Lesbos 1500 neue Flüchtlinge an. Weil die Menschen nicht aufs Festland dürfen, aber auch nicht, wie im EU-Türkei-Deal vereinbart, zurück in die Türkei gebracht werden, sind die Lager völlig überfüllt.

23. Oktober 2018

An einer Raststätte im Saarland, an der A 620 nahe der französischen Grenze, werden in einem Kühltransporter fünf Iraker gefunden. Laut Polizei wären sie beinahe erfroren und erstickt.

20. November 2018

Italienische Behörden kündigen an, das zivile Rettungsschiff *Aquarius* zu beschlagnahmen – wegen angeblicher Fehler bei der Entsorgung von Bordabfällen.

6. Dezember 2018

Das Rettungsschiff *Aquarius* beendet seinen Einsatz im Mittelmeer. Der politische Druck sei zu groß geworden, sagen die Betreiber.

10. Februar 2019

Im Hafen von Palma de Mallorca steht ein Mann vor einem Schiff mit dunkelblauem Rumpf und weint: der Vater von Alan Kurdi, der mittlerweile im Irak lebt. Er hatte auf dem Mittelmeer seine Frau und seine beiden Söhne verloren. Jetzt ist er angeeregt, um ein ziviles Rettungsschiff zu taufen: auf den Namen seines Sohnes.

3. Juni 2019

Die Menschenrechtsanwälte Omer Shatz und Juan Branco reichen beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Klage gegen europäische Politiker und Beamte ein, darunter Angela Merkel. Shatz, der an den Universitäten Sciences Po und Yale lehrt, sagt, die Toten im Mittelmeer seien »fester Bestandteil des Plans, die Migrationsströme aus Afrika einzudämmen. Diese Politik wurde in den letzten fünf Jahren vorsätzlich entworfen und umgesetzt. Sie ist keine Tragödie: Sie ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.« Die Chefanklägerin des Gerichtshofes, Fatou Bensouda, untersucht bereits seit 2017 mutmaßliche Verbrechen, die in den libyschen Lagern begangen wurden. Mit ihrer Klage wollen die beiden Anwälte bewirken, dass die Untersuchungen auf europäische Politiker ausgeweitet werden, die für die Kooperation mit Libyen verantwortlich sind.

Am selben Tag veröffentlichen die Stadt Potsdam und sieben weitere Kommunen einen Appell. Sie bekräftigen darin ihren Willen, Flüchtlinge aufzunehmen, »dem Sterben an den Grenzen Europas Einhalt zu gebieten und die humanitäre Katastrophe auf dem Mittelmeer unverzüglich zu beenden«. Bis heute haben sich mehr als 150 weitere Städte und Gemeinden zu »sicheren Häfen« erklärt. Auch einige Bundesländer wollen freiwillig mehr Menschen aufnehmen. Sie bekommen von der Bundesregierung jedoch bis heute keine Erlaubnis. Die setzt auf eine »europäische Lösung«.

12. Juni 2019

Vor der libyschen Küste rettet das Schiff *Seawatch* 53 Menschen. Am Steuer steht eine 31-jährige deutsche Kapitänin namens Carola Rackete. Nachdem sie 17 Tage vergeblich einen europäischen Hafen gesucht hatte, um die Menschen an Land zu lassen, fährt sie gegen den Willen der italienischen Regierung in den Hafen von Lampedusa ein. Als sie von Bord geht, wird sie festgenommen. Wenig später kommt sie frei.

2. Juli 2019

In Tadschura, einem Stadtteil von Tripolis, wird ein Lager für Flüchtlinge und Migranten bombardiert. Etwa 60 Insassen sterben.

23. August 2019

An der belgischen Küste wird die Leiche eines 48-jährigen Mannes aus dem Irak angespült. Er wollte durch den Ärmelkanal nach Großbritannien schwimmen – mit einer selbst gebastelten Schwimmweste aus leeren Plastikflaschen. Laut Medienberichten soll der Mann zuvor vergeblich versucht haben, in Deutschland Schutz zu bekommen.

12. Oktober 2019

Der internationale Gerichtshof in Den Haag nimmt die Klage gegen Angela Merkel und weitere europäische Politiker und Beamte an.

30. Oktober 2019

Der italienische Außenminister Luigi Di Maio spricht im italienischen Parlament. Er sagt, die Zahl der Bootsflüchtlinge aus Libyen sei innerhalb von zwei Jahren von 170.000 auf 2000 gefallen: »Das Abkommen funktioniert.« Auch die Zahl der Toten im zentralen Mittelmeer ist gesunken, von knapp 2900 im Jahr 2017 auf 750 im Jahr 2019.

30. Januar 2020

Griechenland kündigt an, einen schwimmenden Zaun im Mittelmeer zu installieren, um Flüchtlinge abzuhalten. Im Lager Moria auf Lesbos hausen mittlerweile mehr als 20.000 Asylbewerber. Für sie alle stellt die griechische Regierung nur zwei Ärzte bereit. Insgesamt stecken auf den griechischen Inseln 40.000 Schutzsuchende fest. Einige deutsche Politiker fordern, zumindest minderjährige Bewohner zu evakuieren. Zwei Monate später wird in Hannover ein Flugzeug landen – mit 47 jungen Flüchtlingen aus Griechenland an Bord.

19. Februar 2020

Schwere Kämpfe und Luftangriffe in Idlib lösen eine Massenflucht aus. Seit Dezember 2019 wurden im Nordwesten Syriens rund 900.000 Menschen vertrieben.

27. Februar 2020

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan demonstriert seine Macht gegenüber den Europäern: Er kündigt an, »die Schleusen zu öffnen«, sich also nicht mehr an den EU-Türkei-Deal zu halten. In den folgenden Tagen steigt die Zahl der Flüchtlinge und Migranten in Griechenland. Die griechische Grenzpolizei setzt Blendgranaten und Tränengas ein.

1. März 2020

Griechenland setzt das Asylrecht aus. Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis kündigt an, den »Grad der Abschreckung an unseren Grenzen auf ein Maximum zu erhöhen«. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellt sich hinter die Griechen: Sie seien der »Schild Europas«.

4. März 2020

An der griechisch-türkischen Grenze wird ein Pakistaner erschossen, offenbar von einem griechischen Grenzbeamten. Hundert Abgeordnete des EU-Parlaments fordern die Aufklärung des Falls,

bislang ohne Erfolg. Ob die Maßnahmen der griechischen Grenzpolizisten internationalem Recht entsprechen, könne laut EU-Innenkommissarin Ylva Johansson »niemand sicher sagen«.

22. März 2020

In Syrien wird der erste Corona-Fall gemeldet. Wegen der Pandemie werden überall auf der Welt Hilfsleistungen für Flüchtlinge gekürzt. Legale Ausreiseprogramme und Evakuierungsflüge werden weitgehend ausgesetzt.

12. Mai 2020

Der britische *Guardian* veröffentlicht Fotos von Flüchtlingen, die von der kroatischen Grenzpolizei aufgegriffen und mit roter Farbe angesprüht worden seien, sie tragen rote Kreuze auf kurz geschorenem Haar. Die Kreuze dienen offenbar als Markierung, um die Menschen bei einem erneuten Grenzübertritt zu identifizieren.

5. Juli 2020

Das Frachtschiff *Talia* rettet im Mittelmeer über 50 Menschen. Tagelang wartet es vor der Küste Maltas, weil kein Hafen die Menschen aufnehmen will. Sie müssen in schmutzigen Ställen verharren. Die *Talia* transportiert normalerweise Tiere.

23. Juli 2020

Bundesinnenminister Horst Seehofer trifft sich mit europäischen Amtskollegen in Wien. »Die Migration auf der Westbalkanroute steigt«, sagt er. »Der Zustand ungeordneter Migration muss beendet werden.«

Im Jahr 2015 sind 1.065.000 Asylbewerber in die EU gelangt. Fünf Jahre später waren es in den ersten sieben Monaten des Jahres 2020 nur noch 41.129.

Seit 2015 haben laut offiziellen Angaben 15.602 Menschen ihr Leben im Mittelmeer verloren.

Die Zahl der Flüchtlinge weltweit ist seit dem Sommer 2015 gestiegen: Damals waren 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Heute sind es fast 80 Millionen.

Lesen Sie zu Integration auch **Wissen, Seite 29**: Fünf Jahre danach – »Wir schaffen das!«

HINTER DER GESCHICHTE

Die Recherche: Die Autorin ist seit 2015 an den Grenzen der EU unterwegs, unter anderem in Griechenland, auf dem Balkan, im Mittelmeer. Diese Chronik stützt sich auf eigene Recherchen vor Ort, auf Gespräche in Brüssel und Berlin, auf Medienberichte, Statistiken, Augenzeugenberichte und Dokumentationen unter anderem des UN-Flüchtlingshilfswerks, der Internationalen Organisation für Migration, von Ärzten ohne Grenzen, Human Rights Watch, Amnesty International sowie lokaler Menschenrechtsgruppen und auf Recherchen der Kollegen Robin Alexander, Stephan Detjen und Maximilian Steinbeis.

ANZEIGE

ZEIT FÜR [WISSEN]

Die digitale Themenwoche vom 14. - 18. September 2020

WWW.WISSENFUERDIEWELT.DE

Jetzt kostenfrei anmelden!

Grundlagenforschung trifft angewandte Forschung

Bei »ZEIT für Wissen« wollen wir der Frage nachgehen, wie Wissenschaft & Forschung an der Lösung der dringlichen Weltprobleme arbeiten, und welche Rolle die Digitalisierung hierbei spielt. Seien Sie dabei und diskutieren Sie gemeinsam mit uns, wie wir unsere Wissensgesellschaft durch Vielfalt vorantreiben und global wettbewerbsfähig bleiben.

Session am 14. September 2020, 14.00 - 15.00 Uhr:

Warum Digitalisierung in Wirtschaft und Wissenschaft Diversity braucht

Sprecher*innen

Manuel J. Hartung
Ressortleiter WISSEN, DIE ZEIT;
Herausgeber, ZEIT CAMPUS

Annette Maier
Managing Director,
Google Cloud DACH

Dr. Julia Sperling-Magro
Partnerin, McKinsey & Company;
Leitung Koordination, Initiative Chefsache

Prof. Dr. Claudia Peus
Geschäftsführende Vizepräsidentin
für Talentmanagement und Diversity,
Technische Universität München

Aktuelle Informationen und Anmeldung unter: www.wissenfuerdiewelt.de

Veranstalter: **CONVENT** **DIE ZEIT**

Premium-Partner: **Google Cloud**

Förderer: **CHEFSACHE**